

90 Euro mehr für die Privaten

Krabbelstuben: LR Berthold bietet 540.000 Euro Ausgleichszahlung an.

BARBARA HAIMERL

SALZBURG. Mit einem Kompromiss endete am Freitagnachmittag im Chiemseehof das Treffen von Landesrätin Martina Berthold (Grüne) und rund 60 Vertreterinnen und Vertretern von privaten Kinderbetreuungseinrichtungen aus dem ganzen Bundesland. Sie fühlen sich benachteiligt, weil die Pädagoginnen und Pädagogen in den öffentlichen Kindergärten ab 1. Jänner mehr verdienen werden. Dort steigt das Einstiegsgehalt um 300 Euro brutto.

Berthold wird im kommenden Jahr für die Privaten aus dem Kinderbetreuungsbudget zusätzlich 540.000 Euro zur Verfügung stellen. Mit dieser Ausgleichszahlung sollen ab 1. Jänner die Gehälter der Pädagoginnen und Pädagogen in den privaten Krabbelstuben und in den alterserweiterten Gruppen erhöht werden. Pro Kopf bedeute das 90 Euro brutto mehr pro Monat (14 Mal). Rechnet man den Arbeitgeberanteil dazu, fließen 113 Euro. Helferinnen bekommen 13 Euro mehr.

Berthold will die Ausgleichs-

zahlungen leisten, bis das neue Kinderbetreuungsgesetz in Kraft tritt. Das dürfte nicht vor 2017 der Fall sein. Es sei geplant, das Fördersystem für öffentliche und private Einrichtungen zu vereinheitlichen.

Das Ziel gleicher Lohn für gleiche Arbeit habe man zwar nicht erreicht, sagt Erika Karlsböck von der Plattform privater Kinderbe-



BILD: SVROBERT BAIZER

„Die Schere beim Verdienst ist ein bisschen zugegangen.“

Erika Karlsböck, Pädagogin.

treuungsträger. „Die Schere zu den Gehältern in den öffentlichen Einrichtungen wird aber kleiner.“ Das erhöhe die Chance, das Personal zu halten. Es bleibe abzuwarten, ob das neue Gesetz tatsächlich eine Verbesserung bringe. Die Privaten müssten bei der Ausarbeitung stärker eingebunden werden.

Die 90 Euro entsprächen dem, was eine Pädagogin oder ein Pädagoge in einem Gemeindekin-

dergarten ab 1. Jänner im Schnitt mehr verdiene, sagt Berthold. Die Privaten seien aufgerufen, jungen und neuen Mitarbeiterinnen mehr als 90 Euro zu bezahlen.

Die Ausgleichszahlung sei ein erster, guter Schritt, meint SPÖ-Familiensprecherin und LABg. Niki Solarz (SPÖ). „Die Gleichbehandlung von öffentlichem und privatem Bereich ist aber nicht erreicht.“ Krabbelstuben mit vielen jungen und neuen Mitarbeiterinnen hätten das Nachsehen.

Von Gleichberechtigung könne keine Rede sein, kritisieren auch die Neos in der Stadt Salzburg, wo die unter Dreijährigen ausschließlich in privaten Einrichtungen betreut werden. Die 90 Euro seien nicht einmal ein Drittel dessen, was eine Einsteigerin in öffentlichen Kindergärten mehr verdiene, sagt Neos-Gemeinderat und Bildungssprecher Sebastian Huber. Die Differenz beim Verdienst müsse zur Gänze ausgeglichen werden, sonst könnten die Privaten auf Dauer nicht mithalten.